

# Kommt jetzt der ePrivacy-Schulterschluss?

Nach Zusammenschluss der Verbände gegen die Werbeabgabe wird nun intensiver Dialog gesucht – unterdessen bahnt sich die nächste gemeinsame Kampfansage an.

Bericht von **Nora Halwax**

Es war der erste gemeinsame Appell, den Österreichs Kommunikations- und Medienverbände Ende November an die noch zu bildende neue Bundesregierung gerichtet hatten: für die Abschaffung der Werbeabgabe und die Forcierung eines fairen Steuersystems im Wettbewerb mit den Digital Giants wie Google oder Facebook. Konkret in Form der Förderung einer digitalen Betriebsstätte und einer europaweiten, umsatzbezogenen Equalization Tax, wie IAA-Generalsekretärin Christine Antlanger-Winter betont hatte.

Im Anschluss an die Pressekonferenz, bei der dieser Schulterschluss präsentiert wurde, zeichnete sich bereits der nächste ab. Denn im Gespräch mit HORIZONT zeigten sich Antlanger-Winter und VÖZ-Geschäftsführerin Corinna Drumm einer Kampfansage auch gegen die geplante ePrivacy-Verordnung nicht abgeneigt. Dabei kamen beide schließlich überein, dass es sich um ein wichtiges Thema handle, dem man sich ja auch gemeinsam widmen könne. War der Zusammenschluss gegen die Werbeabgabe also erst der Anfang? Gut möglich. Denn nun bestätigt auch Alexandra Vetrovsky-Brychta, Vizepräsidentin des interactive advertising bureau (iab Austria), gegenüber HORIZONT: „Ein gemeinsames Vorgehen wäre auch in Sachen ePrivacy-Verordnung denkbar, wo es ebenfalls ähnliche Standpunkte gibt. Dazu wird das interactive advertising bureau Austria das Gespräch mit den Branchenkollegen aufnehmen.“ Der Schulterschluss nationaler Medien- und Kommunikationsverbände habe sich, so ihr Fazit rund eine Woche nach der Pressekonferenz, bei seiner Premiere „als schlagkräftiges gemeinsames Auftreten über Einzelinteressen hinweg zum Wohl des Standortes bewährt“. Seit einem Jahr arbeite laut Vetrovsky-Brychta die Arbeitsgruppe Public Affairs des iab an einer wirt-

schaftsfreundlicheren Gestaltung der ePrivacy-Richtlinie.

## „Wichtiger Schritt bereits erreicht“

Gegen die Werbeabgabe gemeinsam aufgetreten waren vergangene Woche: der Dialog Marketing Verband Österreich (DMVÖ), iab Austria, die International Advertising Association (IAA), der Marketing Club Österreich (MCÖ), die Mobile Marketing Association (MMA), die Österreichische Marketing Gesellschaft (ÖMG), der Verband Österreichischer Privatsender (VÖP), der Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ), die Wirtschaftskammer Wien Fachgruppe Werbung und Marktkommunikation (WKW) sowie die unabhängige Initiative steuerfairness.info. Die Vertreter der Verbände hatten unisono den tags davor erfolgten Vorstoß von Sebastian Kurz im Namen der regierungsverhandelnden Parteien begrüßt, eine digitale Betriebsstätte einzuführen. „Damit ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Level Playing Field bereits erreicht“, wie Vetrovsky-Brychta nun klarstellt. Klargestellt wurde auch die Entschlossenheit der Verbände in puncto „Steuergerechtigkeit“ und die Regierung als Think

Tank zu unterstützen. „Wir sind eine Bewegung. So etwas gibt es nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft. Wir stehen mit der neuen Bundesregierung vor einer historischen Chance, den Medienstandort nachhaltig zu entwickeln“, so VÖZ-Geschäftsführer Gerald Grünberger bei der Pressekonferenz. Vetrovsky-Brychta ergänzt nun, man werde mit Nachdruck an der Abschaffung der „Bagatellsteuer“ dranbleiben und den intensiven Dialog mit der neuen Bundesregierung suchen.

Auch ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz hat sich zuletzt bei der American Chamber of Commerce in Austria erneut für ein Level Playing Field und Steuergerechtigkeit ausgesprochen. Einen kompletten Wegfall der Werbeabgabe kommentiert der ORF schriftlich wie folgt: „Selbstverständlich wünscht auch der ORF eine Abschaffung der Werbesteuer, hält das aber für eine weder juristisch noch politisch realisierbare Forderung. Deshalb ist der ORF für die Erweiterung der Werbesteuer für den Onlinebereich, die aber unbedingt auch die nicht-österreichischen Anbieter wie Google und Facebook erfassen muss.“



VÖZ, IAA, MCÖ, DMVÖ, VÖP, WKW, ÖMG, MMA, steuerfairness.info und iab Austria zeigen konkrete Einigkeit beim Thema „fares Steuersystem“. © leisure.at/Christian Jobst